

Samstag, 19. September 2015

INTERVIEW

«Es gibt Gebiete, die touristisch nicht mehr unterstützt werden sollten»

Mit der Anfang August gegründeten **Tourismus-Partei** will der Arosener Tourismusedirektor **Pascal Jenny** das Lobbying in Bundesbern selbst in die Hand nehmen. Die Touristiker seien schlicht zu wenig vernetzt, sagt er im Interview mit dem BT.

► NADJA MAURER

BÜNDNER TAGBLATT: Pascal Jenny, ist Ihnen der Geduldsfaden mit unseren Parlamentariern in Bern gerissen?

PASCAL JENNY: (lacht). Ja. Ich habe vor Kurzem im Auftrag von Schweiz Tourismus selbst Lobbying in Bern betrieben und in den Gesprächen mit den Parlamentariern ist mir aufgefallen, dass diese gar keine Vorstellung davon haben, welche konkreten Anliegen der Tourismus eigentlich hat und was die Herausforderungen sind. Da wurde mir bewusst, dass wir etwas unternehmen müssen, um als Branche wahrgenommen zu werden. Der Geduldsfaden ist also nicht gerissen, sondern mir ist ein Licht aufgegangen: Wir tragen unsere Anliegen viel zu wenig nach aussen.

Es ist ein Aufruf an die Touristiker, aktiver zu werden?

Mir ist schon lange ein Dorn im Auge, dass wir Touristiker zwar oft zusammensitzen, uns aber selten ausserhalb der Branche bewegen. Wir sind zu wenig vernetzt. Wir als operativ tätige Chefs sollten die Politik als Teil unseres Jobs definieren. Und das ist ein Appell an die strategischen Vorstände der Destinationen: Sie sollten ihren Direktoren und Geschäftsleitungsmitgliedern erlauben, politisch tätig zu sein. 60 Prozent meiner Tätigkeit findet ausserhalb von Arosa statt, als Verkäufer, als 'Wanderprediger'. Das machen viele Tourismusdirektorinnen und -direktoren zu wenig. In einem Wirtschaftszweig wie dem Tourismus kann nur etwas bewegt werden, wenn man mit den Leuten in Kontakt ist, die letztlich die Rahmenbedingungen festlegen. Die Bauern machen das vor.



Der Arosener Tourismusedirektor **Pascal Jenny** ist Präsident der Anfang August gegründeten **Tourismus-Partei**. Eine Kandidatur für den Nationalrat in vier Jahren schlägt er nicht aus. (FOTO NADJA MAURER)

Einerseits war es zeitlich zu knapp. Andererseits haben wir gemerkt, dass es falsch wäre, jetzt schon mit eigenen Kandidaten anzutreten und damit den Eindruck zu erwecken, dass uns alle anderen nicht vertreten könnten. Ausserdem suchen wir die breite Abstützung in allen Parteien, weil der Tourismus auch sämtliche politischen Einstellungen braucht. Eine Kandidatur in vier Jahren können wir uns aber durchaus vorstellen.

dem werden wir in Bern katastrophal wahrgenommen. Es muss sich etwas ändern. Wir würden gerne ein Pool aller Verbände sein.

Sie nannten die Landwirtschaft als Lobby-Vorzeigbeispiel. Der Ruf der Bauern-Lobby allerdings ist mehr schlecht als recht, die Branche wurde zu einem Fass ohne Boden. Will es ihr die Tourismusbranche gleichtun?
Nein, überhaupt nicht! Natürlich ist auch der Tourismus heute stark ab-

SP-Nationalrätin Silva Semadeni sagte im BT, sie hoffe, dass die Partei nicht zu einem Wahlgag für bürgerliche Vertreter wird. Wird sie das?
Wir suchen Personen, die eine klare und verbindliche Haltung und Meinung, ganz grundsätzlich und besonders im Tourismus, haben. Was wir nicht suchen sind Parteibüchli in einer bestimmten Farbe.

Trotzdem sind alle acht Kandidatinnen und Kandidaten, die

Die Ressourcen scheinen bei Ihnen aufzugehen. Wie soll das aber beispielsweise das kleinere Viamala organisieren?

Einverstanden, in der Viamala, wo wohl eine Person fast alles alleine macht, ist das schwierig. Dort ist dann die Abstimmung untereinander ganz wichtig. Wir haben Gefässe wie das Direktorentreffen, wo wir die Botschaften – beispielsweise von Viamala – abholen und nach aussen tragen. Wichtig ist, dass wir uns einig sind, was wir wollen. Das geht nur, wenn die Ziele klar definiert sind und alle vom Gleichen sprechen. Wir müssen unser Know how in die politischen Netzwerke transportieren. In der Lokalpolitik sind die Hebel auch zu wenig gross, das kann also nicht die Aufgabe von Viamala Tourismus sein.

Der Zeitpunkt der Parteigründung – just in einem Wahljahr – dürfte nicht zufällig gewesen sein ...

Ich bin offen und ehrlich: Der Zeitpunkt wurde exakt gewählt, um auch eine grosse Präsenz zu erreichen. Unser Ziel ist es, so viele klare Statements von Kandidatinnen und Kandidaten zu erhalten wie möglich. Ihnen werden wir ganz genau auf die Finger schauen. Die Kandidaten, die wir unterstützen, müssen sich klar zu Tourismusthemen bekennen. Zu sagen, man steht für gute Rahmenbedingungen ein, reicht nicht.

Weshalb haben Sie keine eigenen Kandidaten gestellt?

Wie fielen die Feedbacks auf die Tourismus-Partei aus?

Es gab verschiedenste Reaktionen. Positiv überrascht haben mich ins-

«

Wir werden in Bern katastrophal wahrgenommen. Es muss sich etwas ändern

»

besondere die Rückmeldungen der Parlamentarier in Bern. Im Kanton selber, bei Politikern und in der Branche, sind wir erwartungsgemäss nicht auf Euphorie gestossen. Es wurde kritisiert, weshalb es nebst den bestehenden Verbänden nun noch eine Partei braucht, die Lobbying betreibt. In Gesprächen konnten wir dann aber einige von unserem Vorhaben überzeugen.

Haben die bestehenden Tourismusverbände ihren Job nicht gemacht?

Unser Anspruch ist es, eine Art Dach über all diese Branchenverbände zu werden und uns auf ein bis zwei Themen zu einigen, die wir auf nationaler Ebene einheitlich vertreten. Wir wollen eng mit den Verbänden zusammenarbeiten. Dass das nicht nur auf Zustimmung stösst, ist klar. Dort bin ich aber knallhart: Die Verbände haben sich das Lobbying auf die Fahne geschrieben, trotz-

hängig von öffentlichen Mitteln und Rahmenbedingungen. Leider führt dies aber nicht dazu, dass proaktiv Einfluss auf die Meinungsbildung genommen wird, sondern meist lieber gejammert oder um zusätzliches Geld gebettelt wird. Ich sehe das als Chance für uns, eine Gegenlobby aufzubauen. Die Zielsetzung ist, das Jammer-Image durch ein Positiv-Lobby-Image zu ersetzen. Wir müssen analysieren, was wir uns im Tourismus noch leisten können und wollen. Wir müssen in Bern auch mal sagen, was nicht weiter unterstützt werden sollte. Anders als in den Städten wäre es in den ländlichen Gebieten im Moment falsch, Hunderte neue Hotels zu bauen. Direkter gesagt: Es gibt Gebiete, die touristisch nicht mehr unterstützt werden sollten.

Und das wäven?

Das kann ich nicht aus dem Effeff sagen. Aber es sind sicher jene, die in den letzten 15 Jahren regelmässig auf finanzielle Zustüpfen angewiesen waren. Dort erachte ich es als die Aufgabe der Politik, eine andere alternative Wertschöpfungsschaffung ausserhalb des Tourismus zu suchen und aufzuzeigen.

Beispielsweise Savognin?

Ja, beispielsweise. Oder Bivio und Bergün. Obwohl ich die Fakten und Hintergründe der Regionen zu wenig kenne, lässt sich festhalten, dass der eine oder andere einst ein grosser Stern am Tourismushimmel war.

sie derzeit unterstützen, aus dem Mitte-Rechts-Lager.

Nun ja, bei den Kandidaten handelt es sich um solche, die auf uns zugekommen sind. Es scheint im Moment so, dass die Kombination von Klarheit und Tourismus eher aus dem erwähnten Lager kommt. Ich möchte hier aber die SP dazu aufrufen, auch auf uns zuzukommen. Es gibt nämlich durchaus Themen, bei welchen wir gleicher Meinung sind.

CVP-Nationalrat Martin Candinas indes hat Zweifel, ob sie als Ein-Themen-Partei überleben können. Die Tourismus-Partei, eine Eintagsfliege?

Ich sehe uns nicht als eine Ein-Themen-Partei. Der Tourismus ist nicht ein Thema, sondern hat praktisch in jeder wirtschaftsrelevanten Branche einen Fuss drin. Das müssen wir verständlich machen. In den letzten Jahren wurde aufgrund der Probleme oft über den Tourismus gesprochen. Jetzt geht es darum, nicht in die Jammer-Ecke zu fallen, sondern zu schauen, wie wir aus der Krise rauskommen. Und ich spare nicht mit Kritik an der Branche: Sie hat sich gegen Veränderungen gesperrt.

Werden Sie selbst in vier Jahren für die Tourismus-Partei als Nationalrat in den Wahlkampfsteigen?

Ich würde sehr gerne kandidieren. Aber ich habe ein privates Problem: Meine Frau ist die Tochter eines langjährigen Nationalrats und hat keine Freude, wenn ich kandidieren würde (lacht). Aber vielleicht ändert sie in vier Jahren ihre Meinung.